

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

17, 1.Absatz (Teil II)

Déposée par Monsieur: Joachim Wuermeling

Qualité: Alternate

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
<p>Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren Rahmengesetze mit Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftatbeständen und Sanktionen in folgenden Bereichen erlassen:</p> <p>- besonders schwere Kriminalitätsformen mit grenzüberschreitender Dimension, die aus der Art oder den Wirkungen der Zuwiderhandlungen oder aus einem besonderen Bedürfnis, sie gemeinsam zu verfolgen, resultiert. Derartige Kriminalitätsformen sind insbesondere Terrorismus, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Geldwäsche, Korruption, Fälschung von Zahlungsmitteln, Cyber-Kriminalität und organisierte Kriminalität. Je nach den Entwicklungen im Bereich der Kriminalität kann der Rat nach Zustimmung des Europäischen</p>	<p>Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren Rahmengesetze mit Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftatbeständen und Sanktionen in folgenden Bereichen erlassen, wobei der Rat einstimmig beschließt:</p> <p>- besonders schwere Kriminalitätsformen mit grenzüberschreitender Dimension, die aus der Art oder den Wirkungen der Zuwiderhandlungen oder aus einem besonderen Bedürfnis, sie gemeinsam zu verfolgen, resultiert. Derartige Kriminalitätsformen sind insbesondere Terrorismus, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Geldwäsche, Korruption, Fälschung von Zahlungsmitteln, Cyber-Kriminalität und organisierte Kriminalität. Je nach den Entwicklungen im Bereich der Kriminalität kann der Rat nach</p>

<p>Parlaments einstimmig andere die Kriterien dieses Gedankenstrichs erfüllende Kriminalitätsformen hinzufügen;</p> <p>- Kriminalitätsformen, die ein gemeinsames Interesse verletzen, das Gegenstand einer Politik der Union ist, wenn Strafen unerlässlich erscheinen, um eine wirksame Durchführung dieser Politik zu gewährleisten.</p>	<p>Zustimmung des Europäischen Parlaments einstimmig andere die Kriterien dieses Gedankenstrichs erfüllende Kriminalitätsformen hinzufügen;</p> <p>- Kriminalitätsformen, die ein gemeinsames Interesse verletzen, das Gegenstand einer Politik der Union ist, wenn Strafen unerlässlich erscheinen, um eine wirksame Durchführung dieser Politik zu gewährleisten.</p>
---	---

Begründung:

Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung einer Vergemeinschaftung auch von nur einzelnen strafrechtlichen Kompetenzen und angesichts der Auswirkungen der anstehenden Erweiterung der Union wird die Beibehaltung des Prinzips der Einstimmigkeit in diesem Bereich zumindest für eine Übergangsphase befürwortet. Dies diene nicht nur den Interessen der bisherigen Mitgliedstaaten sondern auch den Interessen der Beitrittsländer.

Eine solche Übergangsphase sollte sich auf einen Zeitraum zwischen fünf und zehn Jahren erstrecken. Hiernach könnte dann einstimmig beschlossen werden, ob und ggf. welche Entscheidungen künftig mit qualifizierter Mehrheit und bei entsprechender Mitwirkung des Europäischen Parlaments zu treffen wären. Dabei erscheint es auch denkbar, trotz eines generellen Übergangs zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit bestimmte, im einzelnen festgelegte Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, wie etwa Entscheidungen betreffend die Veränderung von bestehenden oder Einführung von neuen Institutionen oder grundlegende Prinzipien, dem Prinzip der Einstimmigkeit vorzubehalten.

Ungeachtet eines denkbaren Übergangs zur qualifizierten Mehrheit aufgrund eines einstimmigen (Rats-)Beschlusses, soweit im Vertrag vorgesehen, bedarf die Änderung von Kompetenzen der europäischen Ebene in jedem Fall der Ratifikation durch die Mitgliedstaaten.